

[View this email in your browser](#)



Liebe Lipperinnen und Lipper, liebe Leserinnen und Leser,

die zweite Sitzungswoche im deutschen Parlament ist vorüber. Auch in dieser Woche ist einiges geschehen, bei der die Spannweite groß war, physisch und gedanklich war ich sehr viel unterwegs.

Die Woche hat erfreulich in Paris begonnen, wo wir zusammen mit den französischen Verbündeten unsere 60-jährige Freundschaft gefeiert haben. Weiter ging es auf der Grünen Woche, bei der Natur und Landwirtschaft im Fokus stehen. Die Verantwortung für Ernährungssicherheit und Nachhaltigkeit ist ein Thema, welches wir nicht aus dem Auge verlieren dürfen.

Mit unserem Antrag zur Wahlrechtsreform haben wir den Startpunkt gesetzt, den Wert der Bürgerstimme zu erhalten. Nach vorne schauen wir auch mit unserem Antrag der Einführung einer sicheren digitalen Identität, welcher in Zeiten digitalen Alltags, mehr als notwendig für den Schutz der Bevölkerung ist. Nach kurzer Amtszeit hat der neue Verteidigungsminister Pistorius bereits einige Entscheidungen treffen müssen. Hoffentlich legt dieser hinsichtlich des Einsatzmaterials der Bundeswehr ein ähnliches Tempo vor, so wie es beim Bau der Flüssiggasterminals vorgelegt wurde.

Die Woche endete tiefsinnig mit dem Gedenktag an die Opfer des Nationalsozialismus. Es ist von äußerster Wichtigkeit, die geschichtliche Verantwortung zu übernehmen und nie in Vergessenheit geraten zu lassen.

Mit bewegten Grüßen

Ihre und Eure
Kerstin Vieregge



WAHLRECHTSREFORM: VORSCHLAG DER AMPEL INAKZEPTABEL

Die Ampel hat uns am 15. Januar 2023 „exklusiv und vertraulich“ einen Gesetzentwurf zur Wahlrechtsreform übersandt – und auch unmittelbar der Presse zugespielt. Diesen Gesetzentwurf hat die Ampelkoalition nun in den Bundestag eingebracht und wir beraten ihn in dieser Woche in erster Lesung. Kern des Vorschlags der Ampel ist eine feste Begrenzung des Bundestages auf 598 Abgeordnete bei 299 Wahlkreisen. Die Sitzverteilung im Deutschen Bundestag orientiert sich dabei allein an den abgegebenen „Hauptstimmen“. Überhang- und Ausgleichsmandate werden abgeschafft. Wenn in einem Bundesland mehr Direktmandate anfallen als einer Partei nach dem Hauptstimmenergebnis zustehen, werden diese überhängenden Direktmandate „gekappt“.

Mit anderen Worten: Ein gewonnener Wahlkreis ist noch längst kein gewonnener Wahlkreis. Manche Wahlkreise werden so ohne Abgeordneten in Berlin sein. Die Bürgerstimme wird also entwertet. Wir verhandeln auf verschiedenen Ebenen mit der Ampel über einen möglichen gemeinsamen Weg hin zu einer Wahlrechtsreform, welche die Bürgerstimme erhält und die Größe des Deutschen Bundestags spürbar reduziert. In einem Antrag, den wir in dieser Woche ebenfalls in erster Lesung beraten, haben wir fünf Punkte für einen Kompromiss formuliert. Mit unseren Vorschlägen erhalten wir den Wert der Bürgerstimme.

Wir stellen sicher, dass jeder Wahlkreis und damit jeder Bürger weiterhin einen Wahlkreisabgeordneten in Berlin hat. Der Deutsche Bundestag würde mit unseren Vorschlägen dennoch deutlich verkleinert und auf rund 600 Mandate reduziert. Die Zahl der Überhang- und Ausgleichsmandate würde nur so klein ausfallen, dass sie kaum ins Gewicht fallen. Dieses Wahlrecht wären wir bereit, in einem großen politischen Konsens schnell im Deutschen Bundestag zu beschließen.

[Mehr dazu...](#)



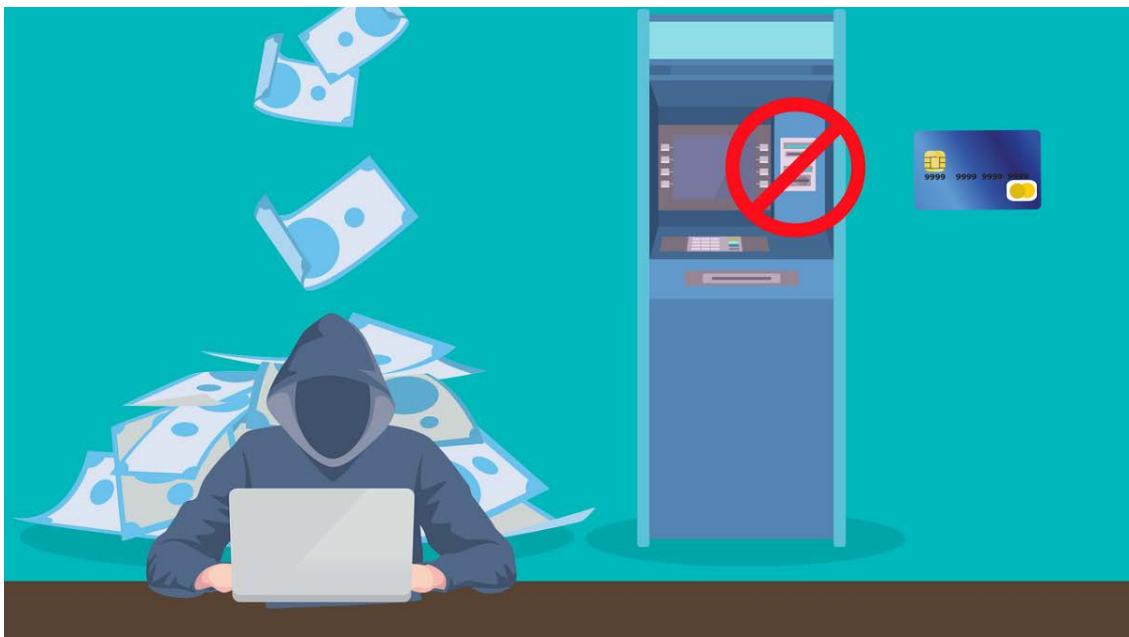
INFLATION BEKÄMPFEN - EUROPA STÄRKEN

Unser Leitantrag der Woche: „Eine europäische Antwort auf das U.S.- Gesetz zur Inflationsbekämpfung geben – Standort Europa stärken, transatlantische Partnerschaft ausbauen“. Das US-Gesetz zur Inflationsbekämpfung (Inflation Reduction Act) ist zu Anfang des Jahres in Kraft getreten. Es sieht massive Subventionen in dreistelliger Milliardenhöhe für Investitionen in Klimaschutz, erneuerbare Energien und saubere Technologien in den USA vor.

In der EU werden Wettbewerbsverzerrungen und eine Verlagerung von Industrie nach Nordamerika befürchtet. Ein Vorschlag der EU-Kommission, zur Reaktion auf das US-Gesetz zur Inflationsbekämpfung, ist für den 1. Februar 2023 angekündigt. Angesichts der Förderung der Industrie in Nordamerika und den hiesig stark gestiegenen Energiekosten, muss Europa seine Standortbedingungen und Wettbewerbsfähigkeit verbessern. Bundesregierung und EU-Kommission müssen sich in Washington, D.C. entschieden für eine Gleichbehandlung europäischer Unternehmen einsetzen.

Die monatelange Untätigkeit der Bundesregierung gefährdet den Wirtschaftsstandort Deutschland und Europa. Seit Monaten warten Wirtschaft und unsere europäischen Partner auf eine klare Position der Bundesregierung zum U.S.-Gesetz zur Inflationsbekämpfung. Wir wollen die Wettbewerbsfähigkeit Europas stärken. Dazu zählt ein nationales und europäisches Belastungsmoratorium, eine Vertiefung insbesondere der transatlantischen Handelsbeziehungen und gezielte Anreize für Innovation und Investitionen in Europa.

[Mehr dazu...](#)



DIGITALE IDENTITÄTEN SCHÜTZEN

Inhaltlich stellt der Antrag der CDU/CSU dar, dass digitale Identitäten der Schlüssel zur Digitalisierung Deutschlands sind und deshalb schnellstmöglich eingeführt

werden sollten. Die CDU/CSU-geführte Bundesregierung arbeitete in der vergangenen Legislaturperiode an verschiedenen Lösungsansätzen. Ein Ableger des Personalausweises auf dem Smartphone (Smart-eID) und eine digitale Briefftasche auf Blockchain-Basis (ID Wallet) wurden entwickelt. Mit Förderung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) werden weitere Anwendungsfälle zur Schaffung eines Ökosystems entwickelt.

Gleichzeitig wird auf europäischer Ebene die Novellierung der eIDAS-Verordnung (Verordnung zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 910/2014 im Hinblick auf die Schaffung eines Rahmens für eine europäische digitale Identität, COM(2021) 281 final) im Sommer 2023 in Kraft treten. Die Verordnung wird unmittelbar in allen Mitgliedstaaten gelten. Die Regelungen der Verordnung werden einen umfassenden grenz- und branchen-übergreifenden Rahmen für sichere, vertrauenswürdige und einfach zu nutzende elektronische Transaktionen schaffen. Die Ampel-geführte Bundesregierung hat dagegen zwar die digitalen Identitäten als eines der Hebelprojekte in ihrer Digitalstrategie benannt, setzte dies aber nicht ausreichend um. Daher dürfe die Ampel-geführte Bundesregierung nicht wie im gesamten Jahr 2022 bei dem wichtigen Thema digitale Identitäten weiter untätig bleiben, sondern müsse die in der vergangenen Legislaturperiode angestoßenen Projekte weiterentwickeln, damit Deutschland schnell zu sicheren digitalen Identitäten gelangt.

CDU/CSU fordern daher die Ampel-geführte Bundesregierung u.a. auf, (1) noch im 1. Quartal 2023 eine Strategie für digitale Identitäten zu formulieren, (2) die Zuständigkeiten für das Thema digitale Identitäten innerhalb der Ampel-geführten Bundesregierung zu klären, und (3) einen Rechtsanspruch der Bürgerinnen und Bürger auf Authentifizierung mit staatlichen Stellen durch eine digitale Identität ab dem 1. Januar 2025 einzuführen.

[Mehr dazu...](#)



VERTEIDIGUNGS- UND SICHERHEITSPOLITIK

Regierungsbefragung:

Endlich hat sich der Bundeskanzler dazu durchgerungen Kampfpanzer an die Ukraine zu liefern.

Diese Entscheidung ist schon längst überfällig. Die monateandauernde Bremsklotzhaltung des Kanzlers in dieser Frage, führte zu Spott und Hohn bei unseren Verbündeten und Jubel in Moskau. Selbst wenn der Kanzler versucht seine Zögerlichkeit als besonnenes Handeln darzustellen, ist selbst seinen eigenen Koalitionspartnern klar: der Reputationsschaden, den der Kanzler mit seiner ängstlichen Haltung in dieser so wichtigen Frage verursacht hat, wird kaum zu reparieren sein.

Deutschland wird mit dieser Regierung nie mehr als ein sicherheits- und außenpolitischer Trittbrettfahrer sein – trotz angekündigter Zeitenwende und ständiger Bekräftigungen der deutschen „Führungsrolle“.

Dennoch ist es gut, dass diese Entscheidung nun endlich getroffen wurde.

Wichtig ist es, dass es nicht bei der Lieferung der 14 Leopard 2A6 aus Bundeswehrbeständen bleibt. Der Industrie muss schnellstmöglich auch ermöglicht werden, ihre Bestände von Leopard 1 A5 Panzer der Ukraine zur Verfügung zu stellen.

Nachbestellung:

Zudem muss das „Deutschland-Tempo“, welches beim Bau des Flüssiggasterminals vorgelegt wurde, Anwendung bei der Bundeswehr finden.

Die Regierung hat im ersten Jahr der „Zeitenwende“ zu viel Zeit verschwendet. An die Ukraine abgegebenes Material, wie z.B. die 14 Panzerhaubitzen 2000 oder die 5 Mehrfachraketenwerfer MARS II, wurden immernoch nicht nachbestellt.

Es ist unerlässlich, dass der neue Inhaber der Befehls- und Kommandogewalt handelt und nicht wie seine Vorgängerin anfängt auf Zeit zu spielen.



DIE GRÜNE WOCHEN IST WIEDER DA

Nach einer langen Zeit findet die Internationale Grüne Woche (IGW) endlich wieder in Berlin statt. Mein kurzer Besuch zusammen mit dem Tourismusausschuss war mal wieder spitze!

Im Fokus der grünen Messe stehen u.a. Natur und Landwirtschaft, sowie das Thema Ernährungssicherheit. Jedoch machen die aufgeführten Themen auch ganz deutlich, dass Klimaschutz und Nachhaltigkeit ein großes Thema sind.

Als Ausschuss haben wir uns über die gute Marktsituation im Landtourismus informiert. Die Anfrage nach Urlauben auf dem Bauernhof ist steigend.

Beherbergungsbetriebe sind mit bis zu 90% vorherrschende Unterkunftsart und generieren jährlich 16 Mio. Übernachtungen. Zu beachten ist, dass 2/3 der Betriebe bis zu 50% ihres Gesamtumsatzes aus dem Tourismus beziehen. „Keine kleine Zahl“.

Die Betriebe sind von steigenden Energiekosten betroffen, welche sich auch auf die Übernachtungspreise auswirken müssen. Trotzdem wollen sie in Modernisierung und Qualitätssteigerung investieren, welches letztendlich ein Schritt nach vorne ist. Wichtig ist, dass insgesamt mehr als 90% der Betriebe trotz Corona und Inflation mit ihrer Entwicklung zufrieden sind.



DEUTSCH-FRANZÖSISCHE FREUNDSCHAFT : 60 JAHRE ÉLYSÉE-VERTRAG

Vom „Erbfeind“ zum engsten Partner.

Heute vor 60 Jahren, am 22. Januar 1963, wurde der Élysée-Vertrag in Paris unterschrieben. Er formalisierte die „Versöhnung zwischen dem deutschen und französischen Volk“, die wenige Jahre zuvor noch unvorstellbar erschien.

Heute ist Frankreich unser engster Verbündeter und ein unverzichtbarer Partner im

Vorantreiben des Europäischen Projektes.

Ich freue mich, dass ich gemeinsam mit meinen Bundestagskollegen heute in Paris an den Feierlichkeiten anlässlich dieses historischen Jubiläums teilnehmen darf. Im Rahmen der Arbeitssitzung ist es uns gelungen mit unseren französischen Amtskollegen eine gemeinsame Erklärung zu erarbeiten, die auf den Errungenschaften des Élysée-Vertrages aufbaut und dazu beitragen soll die deutsch-französische Partnerschaft noch weiter zu vertiefen.

[Mehr dazu...](#)



KINDERCHANCENGESETZ ANSTATT SOZIALLEISTUNGEN

Kein Kind in Deutschland darf in Armut leben. Wir erreichen dieses Ziel nur, wenn passgenau, bedarfsorientiert und unbürokratisch gefördert wird, anstatt nach dem Gießkannenprinzip der Ampel nur mehr Geld zu verteilen. Das ist ein entscheidender familienpolitischer Unterschied zwischen der Ampel und der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Deshalb stellen wir der „Kindergrundsicherung“ ein Kinderchancengesetz entgegen. Im Kampf gegen Kinderarmut ist unser Ansatz: Das Problem an den Wurzeln packen; denn Kinderarmut ist in erster Linie Familienarmut. Wir wollen Familien stärken, indem wir Eltern in Arbeit bringen und die Erwerbsmotivation fördern. Darüber hinaus wollen wir, dass Kinder das bekommen, was sie brauchen: Eine am konkreten Bedarf ausgerichtete Infrastruktur mit einer qualitativ hochwertigen Förderung in Kita und Grundschule, einer guten gesundheitlichen Versorgung und auch vielfältige Freizeitmöglichkeiten. Denn nur so können einkommensarme und belastete Familien wirksam unterstützt, Bildungschancen gesichert und Teilhabe befördert werden. Deshalb braucht es ein echtes Kinderchancengesetz anstatt zusätzlicher Sozialleistungen.

Das Eckpunktepapier des BMFSFJ löst die Probleme unseres Erachtens nicht, weil es:

- dem Prinzip des Erwerbsanreizes entgegenwirkt. Im bisherigen System erhalten Eltern mit geringem Einkommen zusätzlich zum Kindergeld einen Kinderzuschlag,

den „Bürgergeld“-Empfänger nicht bekommen. Zukünftig hingegen, sollen „Bürgergeld“-Empfänger die Leistung der „Kindergrundsicherung“ (also das bisherige Kindergeld sowie einen Zusatzbetrag) automatisch mindestens in der gleichen Höhe erhalten wie Eltern, die nur über geringes Einkommen verfügen. Dieser Ansatz mindert den Anreiz zur Aufnahme von Erwerbstätigkeit.

- die Schaffung eines neuen Behördenstranges neue und mehr Bürokratie bedeutet.
- nur auf materielle Leistungen abzielt. Diese können Maßnahmen der Kinder- und Jugendhilfe jedoch niemals ersetzen. Zum Instrumentenkasten gegen Kinderarmut, gehören aus unserer Sicht unbedingt auch eine qualitativ hochwertige Förderung in Kita und Grundschule, eine gute gesundheitliche Versorgung und der Zugang zu vielfältigen Freizeitmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche.



#WEREMEMBER

Was am 27. Januar vor 78 Jahren an den Toren von Auschwitz endete, darf nie wieder geschehen. Die besondere Verantwortung die Deutschland trägt, sich an diese Verbrechen zu erinnern, endet nicht. Es liegt daher in unserem Interesse, nachfolgenden Generationen diese Taten in Erinnerung zu rufen.

Der 27. Januar wird seit 1996 als „Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus“ begangen. Der Tag gilt auch als Symbolik für die staatliche Selbstverpflichtung, jüdisches Leben in Deutschland zu ermöglichen und zu schützen.

Wir stehen gemeinsam GEGEN jegliche Art von Hass, Hetze und Antisemitismus – auch im Netz und entschieden FÜR Demokratie und Vielfalt.

#WeRemember

#WorldJewishCong

Meldungen aus und für Lippe



ZUKUNFT PFLEGE SICHERN

Die Arbeit, die in stationärer und häuslicher Krankenpflege, Pflege-Wohngemeinschaften und Tagespflege geleistet wird, ist unverzichtbar. In ländlichen Regionen wie Lippe gilt es zudem, kleine, vielfältige und wohnortnahe Angebote und damit die menschliche Qualität für das Leben im Alter zu bewahren. Doch angesichts enormer Kostensteigerungen (Energie, Reinigung, Lebensmittel u.a.) wachsen die Sorgen um den Erhalt der Angebotsvielfalt. Denn die Mehrkosten werden aktuell nicht von den Pflegekassen erstattet. Hinzu kommt anhaltender Personalmangel.

Im Eichenhof Lüdenhausen haben Geschäftsführer Martin Bröker, Tagespflegeleiterin Birgit Münster und Katrin Büker, Geschäftsführerin des Paritätischen, dringenden Handlungsbedarf angemahnt.

Wir brauchen Entscheidungen des Bundes, die die Zukunft guter Pflege – auch in Lippe – sichern! Die Ampel muss handeln!

Danke für das offene Gespräch und viele Anregungen!



DEIN VEREIN: SPORT, NUR BESSER!

AUF DIE PLÄTZE, FERTIG, LOS!

Der Startschuss ist gefallen:

150.000 Gutscheine im Wert von je 40 € können ab sofort über die Website www.sportnurbesser.de als Zuschuss zum Mitgliedsbeitrag von allen abgerufen werden, die noch nicht Mitglied in einem Sportverein sind.

Bewegung ist das Ziel. „ReStart – Sport bewegt Deutschland“ heißt das Programm. 25 Mio. € hat der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages dafür bewilligt und Sport, Vereine und vor allem die Menschen in Deutschland können profitieren.

Neben den Sportvereinsschecks gibt es weitere Maßnahmen für Vereine und Kommunen, die Menschen in Bewegung bringen und den Vereinssport stärken sollen

Dein Verein: Sport, nur besser!

[Mehr dazu...](#)

Immer informiert mit Vieregge.

Herzlich Willkommen zu meinem Newsletter.

Mein Name ist **Kerstin Vieregge** und ich vertrete den [Wahlkreis 135](#) und die Region Lippe in Berlin als erfahrene Bundestagsabgeordnete.

Gerne biete ich Ihnen mehr Informationen [über mich](#), meine [Arbeit in Berlin](#) und im Wahlkreis sowie über die gesamte Region Lippe an.



Teilen



Weiterleiten



Copyright © 2023 Kerstin Vieregge MdB, All rights reserved.

Datenschutzhinweis:

<http://www.kerstin-vieregge.de/datenschutz>

Sie möchten Ihre Daten ändern zum Newsletterversand?

Sie können [Ihre persönlichen Daten ändern](#) oder [sich vom Newsletter abmelden](#).

